

# ROBERT BOSCH STIFTUNG

## Pressemitteilung

**Robert Bosch Stiftung stellt Studie „Unternehmen Familie.“ vor**  
*Familienunterstützende Dienstleistungen verbunden mit verbesserten finanziellen Anreizen für Familien schaffen die Grundlage für mehr Kinder und höhere Beschäftigung in Deutschland: 60 000 Arbeitsplätze mit einem Bruttoinlandsprodukt-stimulierenden (BIP) Effekt von 0,2–0,4 Prozent pro Jahr sind möglich. Dazu müssen die steuerliche Abzugsfähigkeit von familienunterstützenden Dienstleistungen verbessert und eine verlässliche Planungsperspektive für Familien geschaffen werden.*

Berlin – 31. März 2006 – Weitgehend ohne finanzielle Mehrausgaben, nur mit einem marktorientierten Ansatz sind Wachstums- und Beschäftigungspotentiale durch Familien in Deutschland nachhaltig aktivierbar. Im internationalen Vergleich muß der Mitteleinsatz für familienunterstützende Dienstleistungen und öffentliche Haushaltsmittel in Deutschland überprüft werden. Zu diesem Ergebnis kommt die im Auftrag der Robert Bosch Stiftung erarbeitete Studie „Unternehmen Familie.“ von Roland Berger Strategy Consultants.

In der Studie wird eine erste Einordnung des vorliegenden Gesetzentwurfes zur Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten der Fraktionen der Großen Koalition vorgenommen und die Wachstums- und Beschäftigungseffekte des „Unternehmens Familie“ abgeschätzt.

Laut Studie ergibt sich ein Potential von **etwa 60 000 neuen Vollzeit Arbeitsplätzen** mit einem **BIP-stimulierenden Effekt von 0,2–0,4% pro Jahr** in einem Zeitraum von 40 Jahren, wenn

- die volle steuerliche Abzugsfähigkeit von familienunterstützenden Dienstleistungen von der Steuerbemessungsgrundlage des „Unternehmens Familie“,
- die Halbierung der Sozialversicherungsabgaben auf familienunterstützende Dienstleistungen und
- die schrittweise Angleichung des Qualifikationsprofils von Frauen am Arbeitsmarkt erreicht ist.

Im Zeitraum von 40 Jahren sind einerseits die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes auf Grund der demographischen Entwicklung gegeben und andererseits die Verbesserung des Qualifikationsprofils von Frauen realistisch, welche veränderte Ausbildungs- und Berufsentscheidungen erfordert. Bei nur teilweiser Nutzung der beschriebenen Hebel sind die Potentiale entsprechend geringer. Das volle Potential kann nur dann entfaltet werden, wenn die Hürden und der Aufwand bei der Nutzung familienunterstützender Dienstleistungen durch das „Unternehmen Familie“ minimal sind.

Die beschriebenen Rahmenbedingungen müssen von der Politik verlässlich gesichert werden. Eine nachhaltige Veränderung von Ausbildungs- und Berufsentscheidungen kann nur dann eintreten, wenn junge Eltern Vertrauen in die Grundlagen dieser Entscheidungen haben können.

Für den Arbeitsmarkt ist langfristig ein bemerkenswerter Effekt zu erwarten. Mit der geplanten Regelung zur steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten hat die Regierung Teile der vorgestellten Überlegungen bereits aufgegriffen. Bei entsprechender Umsetzung wird für bis zu 10 Prozent der Familien ein Anreiz zur Ausweitung des Beschäftigungsvolumens des „Unternehmens Familie“ gesetzt und sich damit auch positive Effekte auf die Ausbildungs- und Berufsentscheidungen von Familien ergeben. Kurzfristig ist eine Verbesserung nicht zu erwarten. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Absetzbarkeit von Betreuungskosten bei Einverdienerfamilien kritisch zu überdenken.

Der internationale Vergleich mit Frankreich, Schweden und Großbritannien zeigt: Bessere Angebote an familienunterstützenden Dienstleistungen können dazu führen, daß mehr Frauen Kinder bekommen und dabei ihren Berufswunsch realisieren.

Grundproblem in Deutschland ist im Bereich der unter Dreijährigen das nicht ausreichende Angebot an Kinderbetreuung. Im Bereich zwischen drei und sechs Jahren liegt das Problem eher in der fehlenden Dauer und Flexibilität des Angebotes. Die – auch privatwirtschaftliche – Dienstleistungsstruktur im Bereich familienunterstützender Dienstleistungen ist in Deutschland quantitativ und qualitativ stark ausbaufähig.

Der internationale Vergleich zeigt, daß Deutschland beim finanziellen Gesamtvolumen von ca. 100 Mrd. Euro pro Jahr für Familien eine gute Position ein-

nimmt. In Deutschland wird finanziell viel getan. Kritisch zu betrachten ist jedoch die Wirksamkeit des Einsatzes dieser finanziellen Mittel. Die Betreuungssituation in Deutschland ist immer noch unterdurchschnittlich mit den entsprechenden Konsequenzen für die Geburtenrate und die Erwerbsquote.

Die Untersuchung der Länder Frankreich, Schweden und Großbritannien beweist: Die Förderung von Familien kann bessere Betreuungsangebote, eine bessere Qualifikation und eine höhere Erwerbsquote von Frauen sowie eine gezieltere Förderung von mehr Kindern **ohne finanzielle Mehrausgaben** leisten. Hierbei wird deutlich, daß es keinen Königsweg gibt. Während in Schweden rund 70 Prozent der Mittel für Familien als Sachleistungen (insbesondere in Form eines stark ausgebauten öffentlichen Betreuungsangebotes) ausgereicht werden und nur rund 30 Prozent als Barleistungen, ist es in Frankreich und Großbritannien (über 70 Prozent Barleistungen) gerade umgekehrt. Beide Ansätze können somit erfolgreich sein.

Der Unterschied zu Deutschland (mit rund 70 Prozent Barleistungen) liegt darin, daß in Schweden, Frankreich und Großbritannien – mit den jeweils unterschiedlichen Modellen – die Mittel gezielt und zweckgebunden eingesetzt werden. In Deutschland ist deshalb eine detaillierte Untersuchung der Wirksamkeit der eingesetzten finanziellen Mittel für Familien dringend geboten.

Die Studie „Unternehmen Familie.“ zum Download und weitere Informationen im Internet unter [www.bosch-stiftung.de/demographischer\\_wandel](http://www.bosch-stiftung.de/demographischer_wandel)